

Michael Schmidt-Salomon

Panta rhei!

Rückblick auf 10 Jahre MIZ-Tätigkeit

„Alles fließt, alles wandelt sich“: Der berühmte Lehrsatz des Heraklit, aufgestellt vor rund 2500 Jahren, trifft auf Körperzellen, Organismen und biologische Arten ebenso zu wie auf Nationen, Börsenkurse, Schönheitsideale und Religionen. Und natürlich kann sich auch ein kleines politisches Magazin für Konfessionslose und Atheisten der Kontinuität des Wandels schwerlich entziehen.

Als ich vor einem Jahrzehnt zur Redaktion der MIZ stieß und mein erstes Editorial schrieb, feierte die Zeitschrift gerade ihr fünf- undzwanzigjähriges Bestehen. Seit der ersten Ausgabe, die am 1. Mai 1972 erschien, hatte das Heft einen enormen Wandlungsprozess durchgemacht, was sich nicht zuletzt im Umfang des Magazins widerspiegelte: War die erste Ausgabe ganze vier Seiten stark, so umfasste das Jubiläumsheft 1/97 bereits 64 Seiten. Nach der wichtigen Aufbauarbeit, die in den siebziger und achtziger Jahren vor allem von Frank Schütte, Ingrid Kaemmerer und Gerhard Rampp geleistet wurde, waren es in den Neunzigern insbesondere Rolf Heinrich und Gunnar Schedel, die der Zeitschrift entscheidende Impulse gaben und ihr Erscheinungsbild professionalisierten.

1999 fiel mir nach Rolfs plötzlichen Ausscheiden aus der Redaktion unversehens der Posten des verantwortlichen Redakteurs zu und ich muss gestehen, dass mir am Anfang ein wenig mulmig zumute war bei dem Gedanken, nun alle drei Monate ein Heft zusammenstellen zu müssen. Würden uns nicht irgendwann die Ideen ausgehen? War nach drei Jahrzehnten MIZ das Entscheidende nicht längst schon gesagt?

Es zeigte sich bald, dass diese Befürchtung unberechtigt war. Denn obgleich politisch vieles beim Alten blieb (etwa die Privilegierung der Großkirchen), waren in der Gesellschaft doch starke Wandlungsprozesse zu beobachten, die journalistisch aufgegriffen werden mussten. Zum klassischen Thema „Trennung von Staat und Kirche“ traten dadurch viele neue Fragestellungen hinzu. So beschäftigten sich MIZ-Schwerpunkte etwa mit der „Kriminalgeschichte des Atheismus“, dem „Boom apokalyptischer Deutungsmuster“, der „falschen Toleranz gegenüber Parallelgesellschaften“

der „subversiven Kraft des Humors“ oder dem „Importschlag Religiösität“.

Im Zuge der gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse änderten sich nicht nur die Themen, die wir behandelten, sondern auch unsere Einschätzungen darüber, wie sich die säkulare Szene auf diesen Themengebieten positionieren sollte. So kam es, dass einige MIZ-Artikel altbekannte IBKA-Positionen doch recht deutlich in Frage stellten, was nicht immer auf ungeteilte Zustimmung stieß. Manchem ging das „panta rhei“-Paradigma der Redaktion (insbesondere ihres Chefredakteurs) wahrscheinlich zu weit. Zwar mischten sich die IBKA-Vorstände während meiner Amtszeit – Lob und Anerkennung dafür, das war in der Geschichte der MIZ keineswegs immer so! – niemals in die autonome Arbeit der Redaktion ein, aber es bestand doch ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen dem Verein, der verständlicherweise eine Einhaltung von Beschlüssen forderte, und der Redaktion, die in einer sich rasant wandelnden Gesellschaft die Notwendigkeit sah, die eigenen Positionen immer wieder neu zu überprüfen und gegebenenfalls auch kurzfristig zu ändern.

Selbstverständlich kann eine Zeitschriftenredaktion solche Kurskorrekturen viel leichter und schneller vornehmen als ein Verband, der einmal im Jahr eine Mitgliederversammlung einberuft und für Entscheidungen mitunter sehr langwierige Diskussionsprozesse einkalkulieren muss. Allerdings meine ich, dass auch die Verbände erkennen sollten, dass in einer Welt, in der der Wandel zum Dauerzustand geworden ist, politische Denkkategorien und Arbeitsprozesse flexibler werden müssen. Das heißt keineswegs, dass man alles über den Haufen werfen müsste, was zuvor mühsam erarbeitet wurde. Aber man sollte durchaus beachten, dass politische Strategien, die vor wenigen Jahren noch völlig richtig erschienen, heute unter veränderten gesellschaftlichen Umständen grundlegend falsch sein können. Ich denke, in dieser Hinsicht hat nicht nur der IBKA, sondern die gesamte säkulare Szene einigen Nachholbedarf.

Was waren bzw. sind die entscheidenden Wandlungsprozesse, die heute ein Überdenken unserer alten, politischen Positionen erfor-

dern? Ich möchte an dieser Stelle drei Aspekte hervorheben:

Erstens: Die Konfessionsfreien sind keine gesellschaftliche Minderheit mehr, sondern stellen ein Drittel der Bevölkerung. Ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung stieg von 3,9 Prozent im Jahr 1970 (zwei Jahre vor Gründung der MIZ!) auf über 32,5 Prozent heute. Dieser dramatische Wandel müsste sich selbstverständlich in den politischen Konzepten der säkularen Verbände niederschlagen. Diese können sich heute eigentlich nicht mehr damit begnügen, die Religionen bloß zu kritisieren, sondern müssten versuchen, attraktive, positive Alternativen zu schaffen. Dies betrifft sowohl weltanschauliche Fragestellungen (inwiefern sind humanistische Sinnangebote religiösen überlegen?), als auch den Bereich der säkularen Dienstleistungen (warum sollte ich mein Kind in den humanistischen Kindergarten schicken?) und nicht zuletzt auch das Gebiet der Politik (was wollen Säkularisten jenseits der Frage der Trennung von Staat und Religion politisch überhaupt erreichen und wie wollen sie mit ihren Anliegen politisch und medial Gehör finden?). Die MIZ hat in den letzten Jahren versucht, zu all diesen Punkten Debatten anzuregen, etwa durch die Beschäftigung mit der „frohen Botschaft des Hedonismus“ (Sinnfrage), dem „praktischen Humanismus“ (Dienstleistungen) oder der Möglichkeit der Gründung eines „Zentralrats der Konfessionsfreien“ (Politik). Natürlich waren dies alles nur erste Ansätze, die weitergedacht werden müssten. Die Frage, welche Rolle die säkulare Bewegung in der Gesellschaft spielen könnte/sollte, ist jedenfalls noch längst nicht geklärt.

Zweitens: Entgegen der Säkularisierungshypothese, die davon ausging, dass die Religionen absterben oder zumindest immer aufgeklärtere Züge annehmen würden, hat sich gezeigt, dass gerade die fundamentalistischen Varianten des religiösen Glaubens zunehmend Attraktivität entfalten. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit ist zu beobachten, dass liberalere Glaubensgemeinschaften Anhänger verlieren, während die dogmatischer aufgestellten Glaubensrichtungen Parteigänger hinzugewinnen. Hierauf sollten die säkularen Organisationen angemessen reagieren können. Vor allem sollten sie einsehen, dass die politischen Konzepte, die im Umgang mit den weitgehend glaubensentkernten Kirchen fruchtbar waren, hoffnungslos versagen, wenn man etwa vor der Aufgabe steht, die Machtstrategien islamistischer Kreise zu durchkreuzen. Selbst die für Säkularisten zentrale und auch politisch weiterhin völlig korrekte Position, dass Religion *Privatsache* sein muss, kann

dann problematisch werden, wenn man in formalistischer Weise ausblendet, dass „*das Private stets auch politisch ist*“ (wie man in der 68er-Zeit so schön formulierte). *Für eine offene Gesellschaft, die auf die Mündigkeit ihrer Bürger angewiesen ist, ist es sehr wohl bedenklich, wenn ein größer werdender Bevölkerungsanteil im privaten Leben Sharia-Gesetzgebungen befürwortet, die Grundlagen einer modernen Streitkultur sabotiert oder zentrale wissenschaftliche Erkenntnisse (etwa die Evolutionstheorie) ablehnt.*

Eine *repressive Toleranz nach kulturrelativistischem Gusto* („Lasst die Leute doch denken oder handeln, wie sie wollen, solange sie mich damit nicht stören!“) würde auf Dauer fatale Folgen haben. Wer Bedingungen schaffen will, die sich nachhaltig günstig auf die Verbreitung aufgeklärten Denkens auswirken, der darf sich nicht scheuen, unbequeme Grenzziehungen vorzunehmen. Der Grat, den wir dabei gehen können, ist bekanntlich äußerst schmal: Einerseits kann und darf ein von liberalen Grundsätzen ausgehender Staat seinen Bürgern nicht vorschreiben, was sie zu denken haben, andererseits ist es für den Erhalt der offenen Gesellschaft aber dringend notwendig, dass sich kulturelle und politische Bestrebungen, die letztlich auf eine Abschaffung der Errungenschaften der Aufklärung hinauslaufen, im gesellschaftlichen Spiel der Kräfte nicht durchsetzen können.

Die MIZ hat versucht, auch auf diesem heiklen Gebiet Diskussionsprozesse anzustoßen. Wir beschäftigten uns sehr eingehend mit „falscher Toleranz“ und „kulturellem Relativismus“, analysierten die gesellschaftlichen Bedingungen, die zur Entstehung von Parallelgesellschaften führen, und stellten die Idee einer „*Leitkultur Humanismus und Aufklärung*“ vor, die vor dem Hintergrund der veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine alternative Option für die säkulare Politik eröffnen sollte, was in der Folgezeit allerdings sehr kontrovers diskutiert wurde.

Das Gefährliche an dieser Idee ist wohl, dass sie gewissermaßen den „heiligen Gral“ konfessionsloser Politik in Frage stellt, nämlich die These von der notwendigen *weltanschaulichen Neutralität des Staates*. Hier treffen zwei sehr unterschiedliche Auffassungen aufeinander: Die eine geht davon aus, dass Religion/Weltanschauung reine Privatsache sei, in die sich der Staat auf keinen Fall einzumischen habe. Die andere hält dagegen, dass sich ein moderner Staat gegenüber inhumanen, anti-aufklärerischen Ideen keineswegs „weltanschaulich neutral“ verhalten könne, dass er

vielmehr die Verpflichtung habe, etwa durch entsprechende Bildungsangebote *allein solche* Auffassungen zu fördern, die mit den Menschenrechten und dem erreichten Stand der wissenschaftlichen Forschung in Einklang zu bringen sind. Während die einen meinen, dass der Staat nur eingreifen dürfe, wenn etwa im Falle von „Ehrenmorden“ bestehende Gesetze verletzt würden, meinen die anderen, dass der Staat schon im Vorfeld tätig werden müsse, um kulturell rückständige Ideologien (wie die Ideologie einer patriarchalen, muslimischen „Familienehre“) rechtzeitig – nämlich bevor es zu realen Opfern kommt – zurückdrängen zu können.

Der Streit um diese zentrale Richtungsentscheidung bzw. die Frage, was sie in konkreten Situationen bedeuten könnte, wird uns wahrscheinlich noch länger beschäftigen. Wir sehen dies auch an der aktuellen Diskussion um ein mögliches Kopftuchverbot für Schülerinnen in öffentlichen Schulen. Während die einen durch diesen Vorschlag die Verpflichtung zur weltanschaulichen Neutralität des Staates und die individuellen Selbstbestimmungsrechte von Eltern und Kindern gefährdet sehen, sind die anderen davon überzeugt, dass der Staat für Orte sorgen müsse, die Mädchen muslimischer Herkunftsfamilien – auch gegen den Willen ihrer Eltern! – die Chance bieten, selbst zu erleben, was es bedeutet in einer modernen Gesellschaft zu leben, die die rückständigen Sexualnormen archaischer Hirtenreligionen (weitgehend) überwunden hat. Da sich viele Mädchen nicht „aus freien Stücken“, sondern nur aufgrund autoritärer Familienstrukturen den patriarchalen Normen des Islam unterwerfen würden, stünde ein Kopftuchverbot an Schulen auch nicht im Widerspruch zum Recht auf individuelle Selbstbestimmung, sondern sei vielmehr eine geeignete Strategie, um dieses Recht in der gesellschaftlichen Praxis gegen die real existierenden kulturellen Widerstände durchzusetzen.

Ich will an dieser Stelle keine abschließende Bewertung dieser beiden Überlegungen vornehmen, wenn ich auch zugeben muss, dass ich mittlerweile – *panta rhei!* – zur letzteren tendiere. Wichtig ist mir jedoch die Feststellung, dass wir uns die realen gesellschaftlichen Probleme schon sehr genau anschauen müssen, bevor wir angemessene politische Entscheidungen treffen können. Mit bloßen Formalismen („Die Wirkungen einer politischen Maßnahme sind unerheblich! Vielmehr gilt – völlig unabhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen –, dass aus Verfassungsgrundsatz X nur Maßnahme Y logisch korrekt abgeleitet werden darf!“) wer-

den wir auf dem verminten Gebiet des Wettstreits der Kulturen kaum vorankommen.

Drittens: Wir erleben in Deutschland gerade – auch wenn sich einige religiöse Besitzständler noch dagegen wehren – die ersten Anzeichen für die *Verwandlung der Staatsmacht Religion in die Marktmacht Religion*. Worauf dieser Wandlungsprozess hinausläuft, kann man gut an der kulturellen Landschaft der USA ablesen, wo an jeder zweiten Ecke religiöse Heilsanbieter mit bunten Werbebanner um Kundschaft buhlen. Unter dem Druck der Konkurrenz versprechen diese neben dem Standardpaket „Ewige Glückseligkeit im Paradies“ erbaute Erfahrungen in der Gemeinde sowie allerlei „Service-Extras“ wie etwa Kinderbetreuung während des Gottesdienstes. Die Erfahrungen in Amerika haben gezeigt, dass die formale Trennung von Staat und Kirche keineswegs nachteilig für religiöse Institutionen sein muss. Im Gegenteil: *Der Obskurantismus scheint unter freien marktwirtschaftlichen Bedingungen weit besser noch zu blühen als unter den Bedingungen eines in Paragraphen gegossenen Staatskirchenverhältnisses*. Verwunderlich ist das eigentlich nicht, denn private Unternehmen sind nun einmal in der Regel dynamischer als Bürokratien. Während die müden bundesdeutschen Heilskonzerne der Kirchen, umarmt von Vater Staat, ihre Glaubensgüter mittlerweile in planungswirtschaftlicher Manier heruntergewirtschaftet haben, waren die amerikanischen Glaubensunternehmer clever genug, geschickt in die Alleinstellungsmerkmale ihres Wahns zu investieren, ihn in adrette Formen zu verpacken und via Satellit um die ganze Welt zu schicken.

Nachdem Südamerika bereits weitgehend erobert wurde, hat die Evangelisierungswelle mittlerweile auch Europa erreicht. Selbst in Deutschland sind nach amerikanischem Strickmuster arrangierte Massengottesdienste mit Tausenden von Besuchern, Popsongs intonierenden Bands und gefährlich am Rande des Nervenzusammenbruchs erscheinenden, mal glücklich jauchzenden, mal bitter klagenden Predigern keine Seltenheit mehr. Die beiden deutschen Großkirchen haben dieses Phänomen eine Zeitlang argwöhnisch beäugt, inzwischen aber – *Erfolg macht sexy!* – beginnen sie, das Marketingrezept der Evangelikalen zu kopieren. Erlebnisorientierung und Obskurantismus stehen nun auch auf ihrer Agenda ganz weit oben, schließlich will man sich von der Konkurrenz nicht so einfach vom Markt verdrängen lassen! Und da es bei einem steigenden Teil der prinzipiell glaubensbereiten Jugendlichen offenbar „hip“ ist, Angst vor dem Höllenfeuer zu haben und sich das Paradies in

den allerkitschigsten Farben auszumalen, bemühen sich jetzt auch die kirchlichen Großkonzerne, entsprechende Produkte an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Natürlich inklusive der passenden, jugendlich daher kommenden Begleitband. Christlicher Pop ist ja ohnehin groß im Kommen...

Mir scheint, dass die Bedeutung dieses gesellschaftlichen Wandlungsprozesses hin zur Marktmacht Religion, der auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen ja längst schon stattgefunden hat, in der säkularen Szene noch nicht ausreichend erfasst wurde. Nur so ist es meines Erachtens zu erklären, dass viele säkular denkende Menschen immer noch meinen, dass die „Trennung von Staat und Kirche“ das einzige wesentliche Problem sei, das im Interesse der Konfessionslosen gelöst werden müsse. Sie scheinen komplett zu übersehen, dass die Gefahren eines ungezügelter, freien Marktes der Weltanschauungen kaum geringer sind als jene, die aus einer zu großen weltanschaulichen Einflussnahme des Staates resultieren.

Während es aus guten Gründen staatliche Instanzen gibt, die regulierend in den Wirtschaftskreislauf eingreifen (etwa indem sie gesundheitsgefährdendes Spielzeug einziehen), denken viele offenbar, dass man auf dem Markt der Religionen und Weltanschauungen auf jegliche Formen öffentlichen „Verbraucherschutzes“ verzichten könne. Nach dem langen Kampf gegen die Verflechtung von Kirche und Staat hat sich – auch wenn dies nur den wenigsten bewusst sein dürfte – eine Haltung etabliert, die man als das Konzept des „weltanschaulich schlanken Staats“ beschreiben könnte. Als seien sie von neoliberalen „Deregulierungsfieber“ befallen, meinen Säkularisten mehrheitlich, „alles würde automatisch gut“, wenn sich der Staat doch bloß aus Weltanschauungsfragen heraushalten und sämtliche Weltanschauungen/Religionen – unabhängig von ihrem jeweiligen ideologischen Gehalt – gleich behandeln würde. Selbst diejenigen, die neoliberale Wirtschaftsmodelle normalerweise in den Boden kritisieren, avancieren auf dem Gebiet der Weltanschauungen plötzlich zu kritiklosen Anhängern der „unsichtbaren Hand des Marktes“, welche angeblich – Hokuspokus! – ganz von alleine „alles zum Besten“ regelt!

Für einen solchen Glauben gibt es indes keine überzeugenden Argumente. Nichts spricht dafür, dass wir ausgerechnet im Falle der Religionen und Weltanschauungen auf einen bloßen „Nachtwächterstaat“ setzen sollten, der Fundamentalisten und Obskurantisten auf einem deregulierten Markt frei schalten und

walten lässt. Warum sollte ein moderner Rechtsstaat nicht Bedingungen schaffen dürfen, die freiheitsförderliche Religionen / Weltanschauungen gegenüber freiheitsfeindlichen bevorzugen? Warum sollte er rationale Weltklärungsmodelle nicht gegenüber Wahnvorstellungen favorisieren? Die Vorstellung, dass der Staat auf dem weltanschaulichen Auge derart blind sein müsse, dass er zwischen Humanem und Inhumanem, zwischen Rationalität und Obskurantismus nicht mehr unterscheiden kann, ist jedenfalls nicht sonderlich einleuchtend. Wenn aber nun der Staat (zumindest in einem groben Rahmen) solche Unterscheidungen vornehmen kann, warum sollte er dann gezwungen sein, Ungleiches gleich zu behandeln? Wäre das nicht ebenso illegitim, als wenn er Gleiches ungleich behandelte? Meines Erachtens wäre es nur zu begrüßen, wenn der Staat religiösen/weltanschaulichen Angeboten, die *nachweislich* inhuman (Verstöße gegen Menschenrechte) und/oder grob anti-aufklärerisch (Leugnung basaler wissenschaftlicher Erkenntnisse) sind, stärker als bisher entgegenwirken würde (beispielsweise durch eine schärfere Kontrolle jener „freien Schulen“, die nicht nur kreationistische Denkmodelle vermitteln, sondern auch zentrale Verfassungsgüter wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau negieren).

Dass derartige staatliche Eingriffe äußerst behutsam vorgenommen werden müssen, versteht sich von selbst. Denn natürlich würde eine zu große Einflussnahme des Staates das Projekt der offenen Gesellschaft gefährden. Hieraus jedoch abzuleiten, dass sich der Staat ganz aus dem Wettstreit der Kulturen heraushalten müsse, wäre politisch naiv. Was also tun? Ich denke, wir sollten uns auf die Suche nach einem „Dritten Weg“ machen, der sich sowohl vom US-amerikanischen Modell eines ungezügelter, freien Marktes der Weltanschauungen als auch vom deutschen Konzept einer bürokratischen Verfilzung von Staat und Religion unterscheidet. Dies würde die Entwicklung einer zukunftsfähigen Säkularpolitik sicherlich erleichtern...

Soweit mein kurzer Rückblick auf die wichtigsten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der letzten zehn Jahre. Mir persönlich hat dieses Jahrzehnt des Engagements in der MIZ-Redaktion trotz der chronischen Arbeitsüberlastung großen Spaß gemacht. Doch nun – panta rhei! – ist die Zeit gekommen, in der endlich ein Anderer das Ruder übernehmen sollte. Glücklicherweise ist dieser neue Steuermann auch schon an Bord, so dass ich be-

ruhigt abtreten kann. Ich wünsche meinem Nachfolger Christoph Lammers, der im September auf der Mitgliederversammlung des IBKA zum Chefredakteur der MIZ gewählt wurde und der auch bereits die presserechtliche Verantwortung für das vorliegende Heft trägt, viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei der Wahl der Themen und Autoren!

Da dies das letzte MIZ-Editorial aus meiner Feder ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich herzlich bei allen zu bedanken, die mir während der letzten zehn Jahre zur Seite gestanden haben. In erster Linie gilt dieser Dank natürlich meinen Redaktionskollegen, mit denen es in der langen Zeit erstaunlicherweise

nicht ein einziges Mal Streit gab. (Wo findet man so etwas schon?!) Bedanken möchte ich mich auch bei den Autoren, die in der MIZ geschrieben haben (ohne dass sie dafür je einen Cent gesehen haben!). Mein Dank geht aber auch an Sie, liebe Leserinnen und Leser, denn was wäre eine Zeitschrift schon ohne ihre Abonnenten?!

In diesem Zusammenhang eine letzte Bitte: Auch wenn sich nach Heraklit „alles wandelt“, bleiben Sie der MIZ weiterhin treu! Ich werde es auch bleiben – zwar nicht mehr in der Rolle des verantwortlichen Redakteurs, aber doch als Leser und vielleicht auch hin und wieder als Autor kleinerer Beiträge...